



Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow
Amtliche Zeitung des preussischen Landkreises Teltow

„Teltower Kreisblatt“ erscheint werktäglich. Bezugspreis monatlich RM. 1,85 einschl. 25 Rpf. Botenlohn; durch die Post monatlich RM. 1,60 (einschl. 21 Rpf. Postzeitungsgebühr) zuzügl. 36 Rpf. Bestellgeld. Bestellungen bei Postanstalten, Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise. Anzeigen lt. Preisliste 19. Verlag u. Schriftleitung: Berlin W 35, Lühowstr. 87. Fernruf: B 2 Lühow 0671. Zahlungen: Postcheckkonto Berlin Nr. 24919. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow - G., Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Roosevelt als Präsident von USA wiedergewählt Rekordwahlen — Bedeutsamer Wahlsieg Roosevelts über Landon

Roosevelts Erdrutsch

New York, 4. November.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat Roosevelt weit über 300 Wahlmännerstimmen auf sich vereinigen können. Da bei insgesamt 531 Wahlmännern die Mehrheit nur 266 beträgt, ist der bisherige Präsident damit auf weitere vier Jahre wiedergewählt worden.

Mit dem Ausdruck „Erdrutsch“ pflegen die Amerikaner einen großen Wahlsieg zu bezeichnen.

Präsident Roosevelt erwartete den Wahlausgang im Kreise seiner Familie und einiger Freunde auf seinem Gut in Hyde Park. Er hat das Ergebnis der Wahl mit großer Befriedigung entgegengenommen und gegenüber einigen Nachbarn zum Ausdruck gebracht, daß er sich über „den größten Wahlsieg der Geschichte Amerikas“ aufrichtig freue.

Ueber 400 Wahlmänner-Stimmen für Roosevelt

New York, 4. November.

Nach den letzten Meldungen führt Roosevelt mit einer Wahlmänner-Stimmengahl von insgesamt 401 nimmehr in folgenden Bundesstaaten: Alabama, Arizona, Arkansas, Colorado, Connecticut, Delaware, Florida, Georgia, Illinois, Indiana, Kansas, Kentucky, Maryland, Michigan, Missouri, New-Mexiko, Nord-Karolina, Nord-Dakota, Ohio, Oklahoma, Pennsylvania, Süd-Karolina, Süd-Dakota, Tennessee, Texas, Virginia, West-Virginien, Wisconsin, New York, Utah und New Jersey. Landon siegte mit nur 81 Wahlmännern in den Staaten: Maine, Massachusetts, Nebraska, New Hampshire, Rhode Island, Vermont, Kalifornien, Montana, Idaho und Minnesota.

Im Staate New York führt Roosevelt sogar in den sonst stark republikanischen Landgebieten. In der Stadt New York hat er einen Vorsprung von nahezu 3:1. Dagegen erhielt der Präsident im Bezirk Syracus, wo bekanntlich sein Sommerhause liegt, nur 1057 Stimmen gegenüber 1233 Stimmen für Landon.

Auf dem Times-Square in New York drängten sich um 23 Uhr New Yorker Zeit nach einer Schätzung

der Polizei etwa eine halbe Million Menschen, die die letzten Wahlberichte mit ungeheurem Beifall aufnahmen.

Die Zeitung „Philadelphia Record“, die Roosevelt auch im Wahlkampf unterstützt hat, erklärt bereits in ihrer Sonderausgabe in der Nacht zum Mittwoch, Roosevelt habe im ganzen Lande gesiegt.

Die bedeutendste Zeitung in Kansas City, der „Kansas City Star“, die bisher stets auf Seiten des Gouverneurs von Kansas, Landon, stand, erklärte schon in ihrer ersten Wahlausgabe, daß die bisherigen Teilergebnisse aus allen Landesteilen einen Sieg Roosevelts, „von dem Ausmaßen eines Erdrütches“ andeuten.

Die „New York Times“ meldete um 22.10 Uhr New Yorker Zeit (4.10 Uhr MES.) auf dem laufenden Lichtband an ihrem Gebäude auf dem Times Square, „Roosevelt wiedergewählt“. Zehntausende von Menschen füllten in Erwartung des Wahlergebnisses den Platz und die umliegenden Seitenstraßen.

Auch in Pennsylvanien, das seit dem Bürgerkrieg seinen demokratischen Präsidentschaftskandidaten die Stimmmeisterei gegeben hat, nimmt der Vorsprung Roosevelts weiter zu.

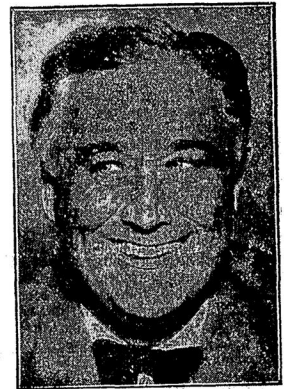
Die zur Hearst-Zeitungsgruppe gehörende Zeitung „New York-American“ erklärte schon in ihrer um 21.30 Uhr New Yorker Zeit (3.30 Uhr MES.) erschienenen Sonderausgabe auf Grund der bis 21 Uhr vorhandenen Teilergebnisse, daß Roosevelt ohne Zweifel wiedergewählt worden sei. Die Hearst-Presse hatte bekanntlich während des ganzen Wahlkampfes den republikanischen Kandidaten Landon unterstützt.

Programmativische Bedeutung der Wahl

Washington, 3. November.

Der gegenwärtige Wahlkampf, der als der erbitterteste seit der dem Bürgerkrieg vorangegangenen Wahl von 1860 angesehen wird, erreichte erst am Montag nach Mitternacht sein Ende. Roosevelt und Landon forderten beide die 55 Millionen Wahlberechtigten auf, am heutigen Dienstag ihre Wahlpflicht zu erfüllen und zu entscheiden, welche Art von Regierung in den nächsten vier Jahren die Geschichte der 128 Millionen Menschen der Vereinigten Staaten lenken soll.

Es handelt sich diesmal um eine klare Scheidung der Geister von fast weltanschaulichem Ausmaß,



Roosevelt

dem es geht um die Frage, ob eine Zentralregierung die Kontrolle über Industrie und Landwirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Finanzgebarung und Zollfragen ausüben darf oder nicht. Eine solche Kontrolle bedeutet hierbei nicht die Unterbindung der freien Wirtschaft, sondern stellt Maßnahmen teils sozialer, teils planwirtschaftlicher Natur dar, um eine Ausbeutung der Bodenschätze und Arbeitskräfte, sowie ungelindete Preissteigerungen zu verhindern, und das Arbeitsproblem durch Arbeitslosenversicherung und Altersrenten, ferner durch Regelung von Arbeitszeit und Arbeitslohn einer Beruhigung, wenn auch nicht der endgültigen Lösung zuzuführen. Roosevelts grundsätzliche Gegner, die von Bioniegeist und freier Entschlossenheit sprechen, durch die die Vereinigten Staaten erschlossen und groß geworden seien, negieren, wie von demokratischer Seite betont wird, daß die Grenzen des Landes 1890 erreicht worden seien und daß darauf eine rückläufige Welle begonnen habe, die allmählich zu industriellen und jetzt auch landwirtschaftlichen Schwierigkeiten, ähnlich denjenigen Europas, geführt habe.

Von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr waren die Wahllokale in allen größeren Städten geöffnet und überall bildeten sich lange Reihen von Wählern. Diese traten einzeln an den Wahlbüchsen heran, wiesen sich aus und verschwanden in der Wahlzelle, wo entweder die Wahllisten mit den Abzeichen der verschiedenen Parteien aufliegen oder die modernen Wahlmaschinen stehen. Roosevelt und Landon nebst Familie genigten bereits am frühen Vormittag ihrer Wahlpflicht und mußten immer wieder dem Blitzfener der Photostationen standhalten.

Die letzten Bargeldbilletten fanden 2½:1 für Roosevelt. Für Landon wurde dagegen wenig Geld angeboten, so daß der Wettbewerb nicht sehr hoch war.

Die republikanische Partei, die hauptsächlich von der Schwerindustrie finanziert wird, hat bereits über sieben Millionen Dollar für die Wahl Landons ausgegeben, und selbst die Kommunisten haben Wahlausgaben von über 100 000 Dollar angemeldet. Bekanntlich müssen alle Wahlausgaben dem Wahlschluß des Bundesstaats gemeldet werden.

Von den 432 neu zu wählenden Abgeordneten waren drei Abgeordnete bereits im September in Maine gewählt worden, und zwar siegen dort die Republikaner, woraus sie die Hoffnung auf einen heutigen Sieg schöpfen.

Sofia. Der jugoslawische Ministerpräsident Stojadinowitsch wurde in der südbulgarischen Ortschaft Brichim empfangen und war beim König Boris auf einem Jagdschloß zu Gast.

Bukarest. Die Generalfeldmarschälle der vier Staaten des Balkanbundes, Griechenland, Jugoslawiens, Rumäniens und der Türkei, treten in Bukarest zu einer Konferenz zusammen.

Kabinettsumbildung in Wien

Wien, 4. November.

Die bereits vor einigen Tagen angedeutete Möglichkeit einer Umbildung des Kabinetts nach vor den kommenden außenpolitischen Verhandlungen ist im Laufe des Dienstags abend in einen entscheidenden Abschnitt getreten.

Das Communiqué über die Neubildung

Wien, 4. November.

Um ½1 Uhr nachts wurde folgendes amtliches Communiqué ausgegeben:

„Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat am Dienstag dem Bundespräsidenten die Gesamtdemission der Bundesregierung und der Staatssekretäre vorgelegt, die dieser angenommen hat. Zugleich hat der Bundespräsident Dr. Schuschnigg zum Bundeskanzler und auf dessen Vorschlag den Generalleutnanten der Frontmiliz Feldmarschallleutnant Ludwig Sälzer zum Vizekanzler, den Rat des Bundesgerichtshofes Dr. Adolf Pilz zum Bundesminister für Justiz, den Sektionschef Dr. Bernier zum Bundesminister für Unterricht, den Hofrat Dr. Joseph Reich zum Bundesminister für soziale Verwaltung, den Oberstenrat der Gemeinde Wien Dr. Rudolf Reumayer zum Bundesminister für Finanzen, den Dele-gierten Vater Mandorfer zum Bundesminister für Landwirtschaft, den Außerordentlichen Universitäts-

professor Dr. Wilhelm Laucher zum Bundesminister für Handel und Verkehr ernannt.

Ferner hat der Bundespräsident mit der Leitung des Bundesministeriums für Landesverteidigung den Bundeskanzler Dr. Schuschnigg betraut und den Generalen in Budapest Otto Reußbacher-Stürmer sowie den Generalleutnanten Dr. h. c. Edmund Glaise-Horselenau zu Bundesministern ernannt, wobei in Aussicht genommen ist, dem ersteren die Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit, dem letzteren die übrigen Angelegenheiten der inneren Verwaltung zu übertragen.

Schließlich hat der Bundespräsident dem Bundeskanzler als Staatssekretäre Dr. Guido Schimid für die auswärtigen Angelegenheiten, den Bundesulturrat Guido Zernatto für die Angelegenheiten der Vaterländischen Front, den General der Infanterie Wilhelm Zehner für die Angelegenheiten des Bundesministeriums für Landesverteidigung und dem Bundesministerium für soziale Verwaltung den Bundeswirtschaftsrat Hans Rott als Staatssekretär beigegeben.“

Die Minister Bernier, Mandorfer, Reich und Glaise-Horselenau gehörten bereits dem bisherigen Kabinett an, wobei Glaise-Horselenau jedoch nur Minister ohne Geschäftsbereich war. Von den neuen Ministern waren Schuschnigg und Reußbacher-Stürmer Mitglieder der Heimwehr. Sie ziehen in das jetzige Kabinett als Fachminister ein.